

Zeitschrift: Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich
Herausgeber: Antiquarische Gesellschaft in Zürich
Band: 72 (2005)

Artikel: Zürich : Stützpunkt der deutschen Sozialdemokratie während des Sozialistengesetzes
Autor: Bürgi, Markus
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1045425>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Haus Kasinostrasse 3 in Hottingen. Hier wurden von 1879 bis 1888 der «Sozialdemokrat» sowie Schriften und Flugblätter der deutschen Sozialdemokratie gedruckt und anschliessend ins Deutsche Reich geschmuggelt.
(Foto Baugeschichtliches Archiv der Stadt Zürich)

Zürich: Stützpunkt der deutschen Sozialdemokratie während des Sozialistengesetzes

Markus Bürgi

Am 19. Oktober 1878 verabschiedete der Deutsche Reichstag mit einem Stimmenverhältnis von zwei zu eins das «Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie», kurz Sozialistengesetz. Das Gesetz sah einschneidende Massnahmen vor: Es verbot alle Vereine, «welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezwecken», es verbot ferner deren Versammlungen und Druckschriften (Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Broschüren, Flugblätter) und erlaubte die Beschlagnahmung der Vermögen. Verstöße wurden mit Bussen und Gefängnis streng bestraft. Die Bundesstaaten konnten zudem den so genannten kleinen Belagerungszustand über einzelne Städte oder Regionen verhängen; dies ermöglichte unter anderem die Ausweisung von Personen, «von denen die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu besorgen ist». Nicht berührt von den Massnahmen blieben das aktive und passive Wahlrecht; dies erlaubte weiterhin die sozialdemokratische Wahlagitation und die Propaganda im Reichstag.

Ziel des Gesetzes war die Zerschlagung der in den siebziger Jahren schnell wachsenden sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, sowohl die 1875 auf dem Vereinigungskongress von Gotha geschaffene Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands als auch die vor dem Abschluss ihrer Vereinigungsbemühungen stehenden Gewerkschaften. Anlass für das Gesetz boten dem Reichskanzler Otto von Bismarck, der schon lange eine Gelegenheit zum Schlag gegen die «Partei des Umsturzes» suchte, zwei Attentate auf den deutschen Kaiser im Mai und im Juni 1878, die den Sozialdemokraten in die Schuhe geschoben wurden. Zugleich sollte aber auch der Liberalismus getroffen und eine politische Grundlage für das Bündnis von «Roggen und Eisen» geschaffen werden, also für das Bündnis zwischen den junkerlichen Grossagrariern und der Schwerindustrie und für die von beiden geforderte Schutzzollpolitik.

Das Sozialistengesetz trat am 21. Oktober in Kraft und galt zunächst bis März 1881, wurde viermal verlängert, fand 1890 im Reichstag keine Mehrheit mehr und erlosch am 30. September 1890. Der jeweils ein Jahr geltende «kleine Belagerungszustand» wurde über Berlin (1878), Hamburg (1880), Leipzig (1881), Frankfurt am Main und Umgebung (1886) und Stettin (1887) verhängt und bis 1890 regelmäßig verlängert. Die Massnahmen kamen sofort zur Anwendung. Allein im ersten Jahr wurden 244 Vereine, neben politischen und gewerkschaftlichen auch Bildungs-, Theater-, Gesangsvereine, sowie 184 periodische und 307 nichtperiodische Zeitungen und Zeitschriften verboten und Kassen beschlagnahmt. Polizeiliche Überwachung, Hausdurchsuchungen und Verhaftung von Parteimitgliedern, Auflösung von Versammlungen, Beschlagnahmung von Drucksachen usw., Verletzung des Briefgeheimnisses, Massregelungen und Entlas-

sungen waren an der Tagesordnung. Die Koordination der polizeilichen Überwachung lag beim Berliner Polizeipräsidium, das eigens dafür eine politische Polizei mit Beamten und Spitzeln inner- und ausserhalb Deutschlands schuf; die Durchführung wurde der Polizei übertragen.¹

Ein neues Zentralorgan – «Der Sozialdemokrat»

Die sozialdemokratische Parteiführung, die nun von der Reichstagsfraktion als Vorstand und dem Fraktionsvorstand als Parteileitung gebildet wurde, reagierte mit der «Taktik der Gesetzlichkeit», um den Behörden keine Angriffsflächen zu bieten. Gleichzeitig prüfte sie Möglichkeiten für die Herstellung einer Zeitung im Ausland und den Schmuggel ins Deutsche Reich, um die verbotene Partei zu sammeln und ihr neue Orientierung zu geben. Dafür erwies sich Zürich schon bald als der geeignetste Ort. Für Zürich sprachen verschiedene Gründe: die liberalen politischen Verhältnisse der Schweiz; die gute Lage der Stadt im Hinblick auf den Schmuggel der Druckerzeugnisse nach Deutschland; die leichte Erreichbarkeit, um den Kontakt mit der Redaktion aufrechtzuerhalten; der Umstand, dass der Schweizerische Arbeiterbund (1873–1880) mit der «Schweizerischen Vereinsbuchdruckerei & Volksbuchhandlung» in Hottingen eine eigene Setzerei und Druckerei besass.

Mit dem Titel «Der Sozialdemokrat» und wechselnden Untertiteln erschien die neue Zeitung ab Ende September 1879 als vierseitige Wochenzeitung für die Dauer des Sozialistengesetzes. Der geheime Parteitag auf Schloss Widen bei Ossingen im August 1880 erklärte das Blatt zum Zentralorgan. Erster Redaktor war Georg von Vollmar, ihm folgte von 1881 bis 1890 Eduard Bernstein. Aus politischen Gründen zeichneten als verantwortliche Redaktoren jedoch Schweizer: von 1879 bis 1882 August Herter und von 1882 bis 1888 Conrad Conzett. Erschienen ist der «Sozialdemokrat» bis März 1882 im «Verlag A. Herter», zunächst unter der Adresse «Industriehalle, Riesbach-Zürich» an der Hallenstrasse 22, danach in «Hottingen-Zürich» an der Kasinostrasse 3. Hier wurde «Der Sozialdemokrat» in der «Schweizerischen Vereinsbuchdruckerei» auch gedruckt. Nach der Auflösung des Arbeiterbundes übernahmen im Juli 1881 die beiden ehemaligen Funktionäre August Herter und Jakob Obrist Druckerei und «Volksbuchhandlung» als solidare Anteilhaber. Im März 1882 trat Herter den «Verlag des «Sozialdemokrat»» mit allen Rechten und Pflichten an die «Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich» ab. Nun erwarb die deutsche Sozialdemokratie das wenig erfolgreich geführte Unternehmen. Am 23. August erfolgte die Geschäftsübergabe und die Eintragung der neuen Firma in das Handelsregister unter der Ragione «Schweiz[erische] Genossenschaftsbuchdruckerei & Volksbuchhandlung» in Hottingen-Zürich mit Conrad Conzett als Besitzer.² Nominelle Eigentümer waren indes fünf Reichstagsabgeordnete, unter ihnen August Bebel und Wilhelm Liebknecht. Der «Sozialdemokrat» erschien wie bisher an der Kasinostrasse 3, ab September mit dem neuen Impressum. Conzett leitete bis zur Gründung eines eigenen Betriebs Anfang 1886 auch die Druckerei, in der die beiden deutschen Schriftsetzer Richard Fischer und Leonhard Tauscher arbeiteten.

Schmuggel ins Deutsche Reich

Hauptverantwortlich für die Expedition war seit Ende 1879 Julius Motteler. Dieses streng geheime Unternehmen erhielt den Namen «Rote Feldpost», Motteler den Ehrennamen «Roter Feldpostmeister».³ Als Helfer standen ihm seine Frau Emilie Motteler, von 1880 bis 1884 Carl Derossi und ab 1883 Joseph Joos zur Seite, welche die umfangreiche, teils geheime Korrespondenz besorgten, die neben dem Vertrieb des «Sozialdemokraten» der Kommunikation diente. Für den Schmuggel war der Schuhmacher Joseph Belli zuständig, zunächst in Kreuzlingen, 1882 bis 1890 von Zürich aus. Motteler hatte seinen Arbeitsplatz in seiner Wohnung, zunächst an der Dolderstrasse 28, dann an der Dolderstrasse 18 (bis 1881 Oberer Wolfbach), also in unmittelbarer Nähe von Druckerei und Verlag. Wie Bebel berichtete, wählte er die Wohnungen so, dass er die Umgebung frei überblicken und sich nähernde Verdächtige frühzeitig erkennen konnte. Zutritt zum «Olymp», wie seine Wohnung genannt wurde, erhielten nur Vertrauenspersonen.

Vom «Olymp» aus koordinierte Motteler den Transport des «Sozialdemokraten» nach Deutschland, suchte nach Transportmöglichkeiten und -wegen und baute in Deutschland ein Netz von Vertrauensleuten auf, welche selbstständig die Verteilung vor Ort besorgten. Über die Arbeitsweise der «Roten Feldpost» schrieb er 1895 einen Bericht, worin er Details über Umfang, Methoden, Finanzierung usw. mitteilte, während Joseph Belli über Gefahren und Mühsale, aber auch von heiteren Episoden im Kampf gegen Zoll und Polizei berichtete.⁴ Die «Feldpost» vermied abenteuerliche Methoden, vielmehr handelte Motteler nach der Maxime, dass die Schmuggelware, wie jede andere Ware auch, so versandt werde, wie es «am nutzbarsten erschien – sei es direkt, sei es per Spediteur, sei es per Bahn, sei es per Fuhrwerk, Eil-, Frachtgut, Dampfer oder <Extrapost> [das heisst Schmuggel]». Dazu gehörte auch, dass man der Polizei gezielt Sendungen zuspielte, um an anderer Stelle ungestört arbeiten zu können. Parallel dazu baute Motteler den «Sicherheitsdienst» auf, um die Versuche der deutschen Polizeibehörden, Spitzel und Agents provocateurs in die Geheimorganisation einzuschleusen, zu unterlaufen. Auch wenn Pannen nicht ausblieben, stellte sich der Erfolg schon bald ein: Der Schmuggel war so erfolgreich organisiert, dass die Zeitung in der Regel jede Woche pünktlich bei den Abonnenten war, und das bei steigender Auflagenhöhe. Die Startauflage im Oktober 1879 betrug 2'700 Exemplare, Ende 1881 waren es bereits 4'000 und 1887 zirka 10'600 Exemplare. Da ab zirka 1885 die Zeitung auch illegal in Deutschland – zum Beispiel in Nürnberg – gedruckt und nur die Matern an die entsprechenden Orte geschmuggelt wurden, konnte die Gesamtauflage erhöht werden. Schon nach wenigen Jahren resultierte aus dem Unternehmen ein Gewinn, der für andere Parteiaufgaben, namentlich auch zur Unterstützung gemassregelter Partei-mitglieder, verwendet wurde.

Gründung eines Verlags

Der dritte Geschäftsbereich in Hottingen umfasste den Verlag. Die «Vereinsbuchhandlung» war unter August Herter ein verlegerisch bescheidenes Unternehmen.

Sie vertrieb vor allem die aus Deutschland nach Zürich gerettete politische Literatur, produzierte aber nur wenige neue Titel. Dagegen nahm der 1882 als «Volksbuchhandlung» eingetragene Verlag in den folgenden Jahren einen raschen Aufschwung. Verantwortlich dafür war Hermann Schlüter, der Ende 1883 als Geschäftsführer nach Zürich kam und das bisher unscheinbare Unternehmen zum bedeutenden Auslandsverlag der deutschen Sozialdemokratie machte. Hier erschienen Flugschriften, Broschüren und Bücher, beispielsweise das in Deutschland verbotene Werk Bebels «Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft» (nach dem Sozialistengesetz unter dem Titel «Die Frau und der Sozialismus») und ab 1885 die Reihe «Sozialdemokratische Bibliothek» mit Schriften von Karl Marx, Friedrich Engels, Paul Lafargue und anderen Autoren mit dem Ziel, den Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung durchzusetzen.⁵ Auch dieses Material gelangte mit der «Feldpost» nach Deutschland oder wurde in wachsendem Umfang in Deutschland selber gedruckt, dann mit dem irreführenden Impressum «Schweizerische Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich». Schlüter baute in Hottingen auch das erste Parteiarchiv auf und legte so den Grundstein zu jener Sammlung, die sich heute infolge von Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam befindet.

Der «Generalstab»

Die Mitarbeiter des Unternehmens in Hottingen, ausnahmslos Vertrauensleute der Partei, bildeten den so genannten Generalstab. Sie waren teils bereits in den 1870er Jahren Redaktoren von Parteizeitungen gewesen; Motteler selber hatte dem Reichstag angehört. Mit dem «Generalstab» besprachen sich die Vertreter der Parteileitung, August Bebel und Wilhelm Liebknecht, die regelmässig zur Erledigung von Parteigeschäften nach Zürich kamen. Die meisten von ihnen arbeiteten auch nach 1890 in parteinahen Unternehmen, waren Mitglieder von Reichstag und/oder Landtagen, des Parteivorstandes; Vollmar, Bernstein und Bebel wurden Exponenten einer parteiinternen Richtung.

In ihren Erinnerungen berichten die Mitarbeiter des «Generalstabs» und Bebel nicht nur von ihrem Kampf gegen das Sozialistengesetz, sie erzählen auch von geselligen Abenden in der Wirtschaft «Thaleck» am Zeltweg 27, wo Jakob Obrist eine Zeitlang Wirt war. Daran nahmen auch Karl Bürkli und Herman Greulich sowie die Deutschen Emil Beck und Karl Manz teil. Die Runde nannte sich, nach einem Vorgänger in Berlin, «Mohrenklub». Über dem Lokal wohnte seit dem Herbst 1882 Gottfried Keller, der ob des Lärms der «Sozialdemokraten», von denen er gar nichts hielt, wenig erfreut gewesen sein soll. Wie Karl Kautsky sich jedoch erinnerte, der von 1880 bis 1882 ebenfalls in Zürich lebte und zum engen Kreis um den «Sozialdemokraten» gehörte, hätten sie erst von Kellers Anwesenheit im Haus «Thaleck» erfahren, nachdem die Versammlungen ein Ende genommen hatten. Zu einer persönlichen Begegnung mit dem von allen geschätzten Dichter kam es jedenfalls nie.⁶

Eine anarchistische Zeitung: Die «Freiheit»

Als Reaktion auf das Sozialistengesetz bildete sich in der deutschen Sozialdemokratie auch eine radikale Richtung, die, anders als die Parteimehrheit, die aktive Bekämpfung des repressiven Staats und seiner Repräsentanten vertrat und zum Ausgangspunkt des Anarchismus in Deutschland wurde. Ihr schloss sich als wichtigstes Mitglied der Parteiführung Johann Most an. 1879 wurde ihm in London, wohin er vor einer drohenden Verhaftung geflohen war, die Redaktion der «Freiheit», eines ebenfalls für Deutschland bestimmten Blattes, übertragen. Da er darin zum Ärger der Fraktion bald radikalere Töne anschlug, wurde er auf dem Parteitag von Widen aus der illegalen Organisation ausgeschlossen, die anarchistischen Auffassungen in der Folge durch die Parteimehrheit in der illegalen Organisation bekämpft. Da das Erscheinen der «Freiheit» in London wegen der zunehmenden Radikalität seit Juni 1882 nicht mehr möglich war, wurde sie im August und September in Zürich und danach in Dielsdorf gedruckt, ab Dezember erschien sie in New York, wohin Most emigrierte. Redaktor der in Zürich erschienenen Nummern war der deutsche Schuhmacher Hermann Stellmacher. 1883/84 verübte er im Namen der von Most postulierten «Propaganda der Tat» mit dem vorübergehend in Bern lebenden österreichischen Buchbinder Anton Kammerer in Strassburg, Stuttgart und Wien mehrere Morde; beide wurden 1884 in Wien hingerichtet. Die österreichische Regierung verhängte sofort den Ausnahmezustand über Wien und Niederösterreich, der bis 1891 dauerte.⁷

Zürich und die deutschen Sozialisten

Die Reaktionen in Zürich auf den Aufenthalt der deutschen Sozialisten und Anarchisten fielen je nach politischem Standort unterschiedlich aus. Die schweizerischen Arbeiterorganisationen unterstützten grundsätzlich den Kampf der deutschen Sozialdemokratie gegen das Sozialistengesetz. Zu persönlichen Kontakten zwischen Deutschen und Schweizern kam es indes nur vereinzelt. Vielmehr begegneten die Emigranten in der Arbeiterschaft Ressentiments gegen die «mundfertigen Deutschen» und ihr Auftreten, das als nicht den Landesverhältnissen entsprechend empfunden wurde. Animositäten entstanden zudem dadurch, dass «Der Sozialdemokrat» für die «Arbeiterstimme», seit 1881 das politische und gewerkschaftliche Organ der schweizerischen Arbeiterschaft, zu einem Konkurrenzblatt wurde, das die deutschen Arbeiter in der Schweiz nun vorzogen – letztlich mit ein Grund für den schlechten Geschäftsgang und den Verkauf des Unternehmens an die Deutschen. Dennoch übernahmen die Deutschen zum Teil wichtige Funktionen in den Arbeiterorganisationen, im Schweizerischen Gewerkschaftsbund arbeiteten seit 1884 Deutsche in massgeblichen Positionen mit. Und Mitglieder des «Generalstabs» und der Reichstagsfraktion traten in Zürich und der Schweiz als Referenten auf.

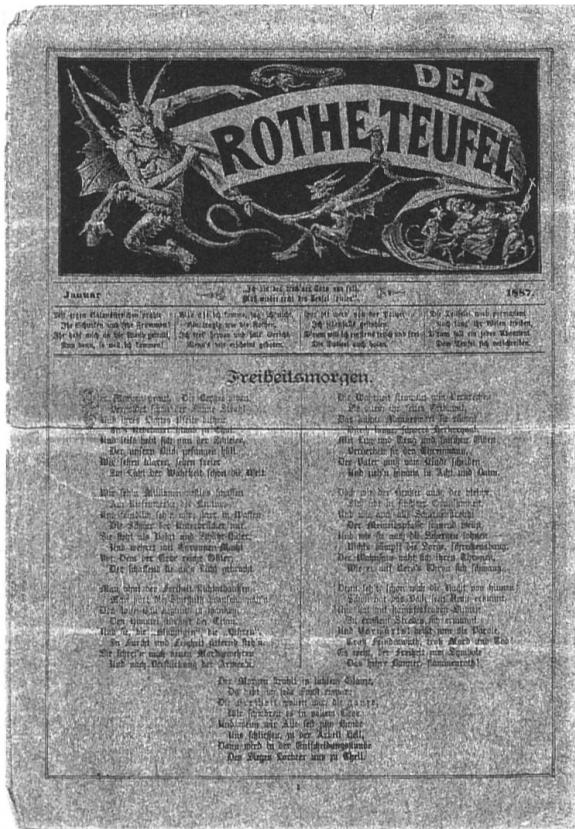
Besondere Unterstützung leisteten die deutschen Sozialisten in der Schweiz, die hier zumeist als Handwerker lebten und in den deutschen Arbeitervereinen aktiv waren. Sie gründeten 1880 den «Landesausschuss der organisierten deutschen Socialisten in der Schweiz» mit dem Hauptziel, die verbotene deutsche Sozialdemokratie politisch

und finanziell zu unterstützen. Der Landesausschuss hatte seinen Sitz in Zürich, war in Lokalausschüssen organisiert und arbeitete mit Vertrauensleuten, seine Mitglieder mussten besonders zuverlässig sein. Zwei seiner wichtigsten Vertreter waren der Buchbinder Karl Manz, selber ein Opfer des Sozialistengesetzes, und der Schneider Emil Beck. Beide gehörten anfangs der neunziger Jahre dem Vorstand des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds an, Manz spielte später in der sozialdemokratischen Partei von Stadt und Kanton Zürich eine Rolle.⁸

Unterstützung in ihrem Kampf gegen den Bismarck'schen Willkürerlass erfuhren die deutschen Sozialdemokraten auch durch das republikanisch gesinnte Bürgertum, namentlich von prominenten Demokraten. Die beiden Gründer und Redaktoren der «Zürcher Post», Theodor Curti und Reinhold Rüegg, zählten zum engeren Freundeskreis des «Generalstabs»; Salomon Vögelin, aus alter Zürcher Familie, Professor für Kunstgeschichte an der Universität und wie Curti Nationalrat, engagierte sich für die in Deutschland Verfolgten, und bei Regierungs- und Nationalrat Johannes Stössel, dem Vorsteher der kantonalen Justiz- und Polizeidirektion, konnten sie ebenfalls mit Verständnis rechnen.

Die deutschen Sozialdemokraten stiessen in Zürich allerdings auch auf zum Teil heftige Ablehnung. Ihr lautstarker Gegner war der Journalist Eduard Attenhofer. Attenhofer, 1842 in Wettingen geboren, führte in Zürich seit 1870 ein Buch- und Kunsthandelsgeschäft, später mit Papeterie. 1882 gab er das Geschäft auf und wandte sich dem Journalismus zu, war Redaktor zuerst bis 1885 der «Limmat», dann von 1886 bis 1903 des von ihm gegründeten Wochenblatts «Der Stadtbote», das er ab 1889 in der eigenen Druckerei Neumünster in Hottingen druckte. Die Auflage überstieg 2'000 Exemplare nicht. Im Militär brachte er es zum Infanteriemajor, zudem war er einige Jahre Aktuar des Schweizerischen Schützenverbandes und Redaktor der «Schweizerischen Schützenzeitung». Zuletzt fand er von 1904 bis 1906 Beschäftigung in der Registraturabteilung der «Neuen Zürcher Zeitung». Er starb 1912 in Zürich.⁹

Attenhofer begann seinen Kampf gegen die Linke im Frühjahr 1881. Damals verlangte ein aus Mitgliedern des konservativen «Eidgenössischen Vereins» gebildetes Komitee das Verbot eines für September nach Zürich einberufenen internationalen Sozialistenkongresses. Anlass gab ihnen die Ermordung des Zaren Alexander II. am 13. März 1881 durch russische Nihilisten, deren Tat in der anarchistischen und sozialistischen Presse teils gefeiert, wenigstens aber verständnisvoll kommentiert wurde. In kurzer Zeit, zum Teil unter massivem Druck auf Fabrik- und Heimarbeiter, wurden im Kanton gut 30'000 Unterschriften gesammelt und am 24. Mai dem Regierungsrat überreicht. Attenhofer unterstützte diese Kampagne mit einer Flugschrift, «Der rote September zu Zürich», in der er unter Verwendung phantasieloser Anagramme das abstruse Szenario des Untergangs der Schweiz beschwore und dabei bereits alle antisozialistischen Klischees bediente. Ein in Transvaal lebender Schweizer Offizier erzählt seinen Enkeln, weshalb er zur Auswanderung gezwungen worden war. Nachdem in «Rüzich», wo sich die Sekte der «Cociamosredlaten» aus dem Lande der «Magernen» breit machte, trotz einer Petition durch 30'000 Stimmbürger ein Kongress einer «Bande Abenteurer aller Länder» stattfinden konnte, sei es zu Auseinandersetzungen gekommen. Zwar hätten die Regierungstruppen die Ordnung wieder herstellen können, die Noten der «Magernen» seien in «Nerb» jedoch nicht gehört worden.



„Der rothe Teufel“.

Mein zehnjähr[iger] Kampf gegen den Umsturz

als Redaktor

der Schweizerblätter „Limmat“ und „Stadtboten“.

Für Freunde und Feinde übersichtlich dargestellt

von

Eduard Attenhofer.

Zürich-Hottingen

Druck und Verlag der Buchdruckerei Neumünster

1890.

7.930

Links: «Der rothe Teufel». Einige Nummer einer achtseitigen, auf rotem Papier gedruckten Satirezeitung vom Januar 1887. Die im Impressum einzig vermerkte «Schweiz. Genossenschaftsbuchdruckerei Hottingen-Zürich» war seit 1882 im Besitz der deutschen Sozialdemokratie. 1888 führte der Bundesrat den «rothen Teufel» als einen Grund für die Ausweisung von vier deutschen Sozialdemokraten aus der Schweiz an. (Vorlage Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich). Rechts: «Der rothe Teufel» von Eduard Attenhofer. Attenhofer übernahm den Haupttitel für seine Schrift von den von ihm bekämpften deutschen Sozialdemokraten und wendete ihn gegen sie. (Vorlage Zentralbibliothek Zürich)

Um die Ordnung wiederherzustellen, seien ihre Truppen ohne Kriegserklärung in die Schweiz einmarschiert, darauf auch das Heer der «Krafnen», und nach einer verheerenden Schlacht bei «Rüzich» seien die beiden übereingekommen, die Schweiz unter sich und die anderen Nachbarstaaten aufzuteilen, worauf Tausenden von Schweizern nur die Auswanderung geblieben sei.¹⁰ Gegen das im Juni vom Regierungsrat mit fünf gegen zwei Stimmen erlassene Verbot rekurrierten die Sozialdemokraten vergeblich. Schliesslich fand der Kongress Anfang Oktober in Chur statt.¹¹

Neun Jahre später dokumentierte Attenhofer seine Aktivitäten gegen die Linke – was er als Dienst am Vaterland verstand – in zwei umfangreichen Broschüren unter dem programmatischen Titel ««Der rothe Teufel». Mein zehnjähr[iger] Kampf gegen den Umsturz als Redaktor der Schweizerblätter «Limmat» und «Stadtboten». Für Freunde und Feinde übersichtlich dargestellt», Zürich-Hottingen 1890. Ein dritter, angekündigter Teil erschien nicht mehr. Mit dem «rothen Teufel» meinte er nicht nur seinen Hauptfeind, die Sozialisten, er spielte damit zugleich auf ein im Januar 1887 erschienenes, mit dem Impressum der «Genossenschaftsdruckerei» gezeichnetes, gleich-

namiges Witzblatt an, in der das deutsche Kaiserhaus und Bismarck lächerlich gemacht wurden und das ein Grund für die spätere Ausweisung von vier Mitarbeitern des «Sozialdemokraten» werden sollte.

Die Bilanz von 1890 eröffnete Attenhofer mit dem Wiederabdruck des «rothen September»: «Damit begann mein Kampf gegen die Sozialrevolution; ich hatte mit derber Schweizerhand in's rothe Wespennest gegriffen und den ganzen Schwarm der giftigen Stachelthiere aufgescheucht.» Zugleich sah er darin den Beginn eines «heute noch tobenden erbitterten Kampfes auf Leben und Tod, zwischen mir und den durch einheimische Vaterlandslose unterstützten internationalen Umsturzscharken und Dynamitstrolchen».

Attenhofer verfolgte die Linke – und was er dafür hielt – mit unerbittlichem Eifer und sorgte dafür, dass die Aktivitäten der Sozialdemokraten und Anarchisten in Zürich nicht verborgen blieben. Er registrierte ihre Aktivitäten, kaufte ihre Zeitungen, besuchte ihre Versammlungen, um die gesammelten Informationen in den von ihm redigierten Zeitungen gegen sie zu verwenden und um sie bei den kantonalen und eidgenössischen wie den ausländischen Behörden zu denunzieren. Er konstruierte Zusammenhänge und Verbindungen und warf unterschiedslos Sozialdemokraten, Sozialrevolutionäre und Anarchisten in den gleichen Topf. Seine antisozialistischen Ressentiments verband er mit nationalistischen, fremdenfeindlichen, autoritären und antimodernistischen Positionen, die er in einer aggressiven Sprache zum Ausdruck brachte: «fremde Fötzel», «deutsche Stinker», «Landesfremde», «fremde Elemente, welche die Gastfreundschaft der Schweiz seit Jahren» missbrauchten, «um den Geist des Ungehorsams, der Aufwiegelung, des Unglaubens, der Zuchtlosigkeit und der Indisziplin in Volk und Heer zu pflanzen». Auch fehlten ebenso wenig Vergleiche mit der Tierwelt – «fremdes Ungeziefer», «fremdes Gewürm» – wie der Ruf nach radikalen Lösungen: «säubern», «schonungslose Verfolgung und Vernichtung der sozialistischen Volksverführer», und nicht zum ersten Mal klingen auch antisemitische Töne an.

Ausser bei den Sozialisten ortete Attenhofer den Feind bei den Demokraten, den damaligen «Netten». Sie bezeichnete er auch als «entartete Schweizer». Gegen die liberale Haltung insbesondere Theodor Curtis und der von ihm redigierten «Zürcher Post» liess er sich seitenlang aus. Auf Entgegnungen reagierte er allerdings wehleidig. Seine Schreiberei trug ihm Prozesse ein und provozierte Gegenangriffe, gegen die er wiederum Beleidigungsklagen anstrengte. Attenhofers Aktivismus blieb nicht ohne Wirkung: An die von ihm gegen die Sozialdemokraten geschaffene feindselige Stimmung in Zürich und an die Auswirkungen eines von ihm 1884 gewonnenen Prozesses gegen Conrad Conzett hatte Verena Conzett noch mehr als vierzig Jahre später ungute Erinnerungen.¹² Auch Bernstein zeigte sich davon beeinflusst: Angesichts seiner Stellung wollte er, wie er seinem Freund Kautsky schrieb, nicht ohne Trauschein mit seiner Frau zusammenleben, da er «Herrn Attenhofer keinen Vorwand liefern» dürfe, «aus andern als politischen Gründen [...] meine Ausweisung zu verlangen».¹³

Nach 1890 setzte Attenhofer seinen Kampf gegen die Sozialisten im «Stadtboten» unverändert fort. Von seinen deutsch- und judenfeindlichen Äusserungen war etwa Ulrich Dürrenmatt, der Redaktor der «Berner Volkszeitung», angetan.¹⁴ 1892 führte Attenhofer in die von den deutschen Sozialdemokraten seit 1880 verwendete «geheime Chiffrenschrift» ein.¹⁵ Die Angst vor den Sozialisten hatte ihn indessen nicht mehr

verlassen. 1905 veröffentlichte er unter dem Pseudonym Chiridonius Chrügel seine Vorstellungen über «Zürich im Jahre 2000». In Zürich, nun eine sozialistische und kosmopolitische «Kommune», sind die Denkmäler ersetzt – Greulich statt Escher, Seidel statt Pestalozzi, Pflüger statt Zwingli –, gegossen aus den eingeschmolzenen Kirchenglocken. Strassen und Plätze sind nach Schweizer und ausländischen Sozialisten benannt, die Kirchen sind abgerissen, in Versammlungslokale oder Bibliotheken umfunktioniert, an Bahnhof- und Paradeplatz stehen anstelle der Hotels beziehungsweise der Kreditanstalt mehrstöckige Volkshäuser, die «Bank in Zürich» wurde zur Synagoge als «Konzeßion an die, die Anleihen der Stadt besorgenden Juden», an der Bahnhofstrasse reihen sich rot gestrichene Schulhäuser für Kinder und Ausländer. Aussersihl ist besonders bevorzugt. Christlich-abendländische Werte werden zerstört, immer mehr Bereiche der Wirtschaft verstaatlicht usw. usw. – eine Aneinanderreihung von durch Zukunftsangst diktieren Phantasien –, selbst im JournalistenhimmeL wo Chrügel wohnt, sind die Sozialisten bevorteilt.¹⁶

Attenhofer eiferte jedoch keineswegs als Einzelkämpfer, er bewegte sich vielmehr ideologisch wie gesellschaftlich in einem Umfeld, das seit den 1870er Jahren in Europa an Gestalt gewann. Der Antisozialismus hatte sich nach der Kommune herausgebildet und war durch eine Reihe von juristisch fragwürdigen Hochverratsprozessen propagandistisch vertieft worden. Bismarcks Kampf gegen die Sozialdemokratie führte dies nahtlos fort. Die antisozialistische Prägung verband sich mit nationalistischen, fremdenfeindlichen, antiliberalen, antimodernistischen und/oder antisemitischen Einstellungen, die besonders in den kleibürgerlichen Kreisen von Handwerk, Gewerbe und Landwirtschaft auf fruchtbaren Boden fielen, die von der 1873 einsetzenden Krise und vom beschleunigten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel während der «Grossen Depression» der 1870er und 1880er Jahre besonders betroffen waren. Gleichzeitig vollzog sich der Übergang zur organisierten Interessen- und Schutzzollpolitik. Die sozialistische Arbeiterbewegung hatte aber auch im liberal-konservativen Zürcher Bürgertum Gegner. Die Initiatoren der Petition vom Frühjahr 1881 waren Mitglieder eingesessener Familien, die im «Eidgenössischen Verein» politisierten. Oberst Eduard Ziegler, der auf eine lange militärische und politische Karriere zurückblicken konnte, präsidierte das Komitee, da er, wie Attenhofer im Vorwort des «Rothen Teufel» festhielt, nicht gewollt habe, «dass seine Vaterstadt der Sammelplatz einer internationalen Gaunerbande werden sollte»; zudem habe er ihn zur Veröffentlichung des «Rothen September» ermutigt. Mitinitiatoren waren der Geschichtsprofessor Georg von Wyss, Oberst Karl Pestalozzi und andere; von der Landschaft unterstützte etwa der Unternehmer, Nationalrat und Brigadier Heinrich Landis die Kampagne.¹⁷ Übereinstimmung bestand auch in der positiven Beurteilung des antisozialistischen und antisemitischen Berliner Hofpredigers Adolf Stoecker und seiner Vorschläge zur Lösung der sozialen Frage.¹⁸ Ob Attenhofer mit diesem Kreis auch später zusammenarbeitete, ist nicht bekannt. Er dürfte bei seinen Aktivitäten jedoch nicht nur ideell, sondern auch materiell unterstützt worden sein, scheint es doch aufgrund seiner Vermögens- und Einkommensverhältnisse als eher unwahrscheinlich, dass er den «Stadtboten» selber zu finanzieren in der Lage war.¹⁹ Wer ihn indes konkret bei seinen Unternehmungen unterstützte, bleibt offen. Er selber bedankte sich für den «hochherzigen Beistand einer Anzahl edeldenkender Menschen».

Bismarck setzt die Schweiz unter Druck

Die seit 1879 mit zunehmendem Erfolg von Zürich und der Schweiz aus operierenden Sozialdemokraten waren der Führung des Deutschen Reichs um Bismarck ein Dorn im Auge. Vor allem störte in Berlin, dass die Sozialdemokraten ungehindert von polizeilicher Überwachung ihre Agitation gegen das Deutsche Reich betreiben und etwa auch Parteitage durchführen konnten: 1880 auf Schloss Widen, 1887 in St. Gallen-Schönenwegen und 1882 eine Parteikonferenz in Zürich.

Das Deutsche Reich schlug dagegen eine doppelte Strategie ein: Zum einen übte es über diplomatische Kanäle Druck auf die Schweiz aus – vorerst ohne Erfolg. Zum anderen versuchte die Berliner politische Polizei, im In- und Ausland mit Spitzeln die illegale Organisation zu unterwandern beziehungsweise sie durch Agents provocateurs zu gewaltsamen Aktionen anzustacheln, um diese danach den Sozialisten anzulasten. Der Erfolg war auch hier klein beziehungsweise blieb aus, da es immer wieder gelang, Verdächtige zu enttarnen, und dies auch sofort öffentlich gemacht wurde.²⁰

Die Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Deutschen Reich erreichten einen Tiefpunkt, nachdem die sozialdemokratischen Abgeordneten Paul Singer und August Bebel Anfang 1888 in der Reichstagsdebatte um die Verlängerung des Sozialisten gesetzes Dokumente vorgelegt hatten, wonach die preussische Regierung bezahlte Agenten im Ausland unterhielt, die zum Umsturz aufriefen. Sie beriefen sich dabei auf den Kommandanten der Zürcher Kantonspolizei, Jakob Fischer, der ihnen schriftlich bestätigte, dass die im Dezember 1887 in Zürich beziehungsweise Genf von Vertrauensleuten der deutschen Sozialdemokratie enttarnten und danach von der Zürcher Polizei wegen provokatorischer Tätigkeit verhafteten Karl Schröder und Christian Haupt in Anarchistenkreisen verkehrten und zugleich als Lockspitzel im Solde der Berliner politischen Polizei standen. Unter dem Eindruck dieser Enthüllungen verlängerte der Reichstag das Sozialistengesetz nicht wie beantragt bis Ende September 1893, sondern nur bis zum 30. September 1890.

Nach dieser Blamage eröffnete Bismarck eine diplomatische Offensive gegen die Schweiz und verlangte die Überwachung der deutschen Sozialisten. Der Druck zeitigte Folgen. Der Bundesrat kritisierte das Verhalten Fischers und ermahnte den «Sozialdemokraten» zu gemässiger Schreibweise. Anfang März ersuchte er die Bundesversammlung um einen Nachtragskredit von 20'000 Franken «zum Zwecke einer bessern Organisation der politischen Polizei». Er begründete den Antrag mit revolutionären Äusserungen und Umtrieben deutscher und schweizerischer Sozialdemokraten seit dem Frühjahr 1887. National- und Ständerat bewilligten den Kredit noch in der Frühjahrssession. Am 18. April 1888 wies der Bundesrat mit sechs gegen eine Stimme Bernstein, Schlüter, Motteler und Tauscher aus. Dagegen protestierte die Arbeiterbewegung der Schweiz in ihrer Presse und in Versammlungen, und auch die Blätter der Demokraten und vereinzelte konservative Zeitungen kritisierten den Entscheid. Die Ausgewiesenen verliessen Zürich nach einer Abschiedsfeier und begleitet von Hunderten von Sympathisanten am 13. Mai. Der «Sozialdemokrat» erschien, redigiert von Conzett, noch bis zum 22. September in Zürich, vom 1. Oktober bis zur Aufhebung des Sozialistengesetzes wieder unter der Redaktion von Bernstein, dann in London.



«Der Sozialdemokrat» erschien als faktisches Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie von 1879 bis 1888 in Hottingen und London, nachdem durch das Sozialistengesetz von 1878 ihre Vereine und Zeitungen im Deutschen Reich verboten worden waren. (Vorlage Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich)

Zu einer noch schärferen Auseinandersetzung zwischen der Schweiz und dem Deutschen Reich kam es, nachdem an Ostern 1889 der deutsche Polizeiinspektor August Wohlgemuth von einem scheinbar zur Spitzeli bereiten deutschen Sozialdemokraten nach Rheinfelden gelockt und dort unter Mithilfe von Sozialdemokraten aus Basel durch den Bezirkshauptmann verhaftet worden war. Briefe von Wohlgemuth, in denen er zur Wühlarbeit in der Schweiz gegen Bezahlung ermunterte, wurden veröffentlicht. Die Reaktion Bismarcks war masslos: Er verlangte die sofortige Freilassung Wohlgemuths, drohte mit wirtschaftlicher Blockade, strengen Kontrollen des Grenzverkehrs und dem Aufbau einer eigenen Überwachungsorganisation in der Schweiz. Zudem stellte er die 1815 auf dem Wiener Kongress von den Grossmächten garantierte Neutralität der Schweiz in Frage, da sich die Schweiz gegenüber dem Deutschen Reich, das sich mit seinen «Reichsfeinden», den Sozialdemokraten, «im Krieg» befände, nicht neutral verhalten habe. Von Bismarck aufgefordert, schlossen sich Russland und Österreich diesem Schritt mit der gleichen Begründung an. Schliesslich wurde keine dieser angedrohten Massnahmen wirksam, doch besänftigte die Schweiz Bismarck anders: Bereits im Juni 1889 stimmten Bundesrat und eidgenössische Räte der Schaffung eines «ständigen Bundesanwalts» zu. Seine Aufgabe war die Überwachung von oppositionellen Richtungen, Ausländern und Schweizern, in Zusammenarbeit mit den kantonalen Polizeistellen. Obwohl dagegen schwerste verfassungsmässige Bedenken geltend gemacht wurden, war die Massnahme nicht umkehrbar.²¹

Fazit

Während der zwölf Jahre des Sozialistengesetzes wurden in Deutschland 332 Arbeiterorganisationen, 155 periodische und 1'200 nichtperiodische Drucksachen verboten, 900 Personen, davon 500 Familienväter, ausgewiesen und 1'500 Personen zu 1'000 Jahren Gefängnis verurteilt, während die 1879 eingeleitete Schutzzollpolitik eine Verteuerung der Lebenshaltungskosten brachte. Politisch ging die deutsche Sozialdemokratie jedoch nicht geschwächt, sondern gestärkt aus diesem Kampf hervor. Bei den Reichstagswahlen im Februar 1890 erzielte sie mit rund 1,4 Millionen oder zwanzig Prozent am meisten Stimmen, errang aber wegen des sie benachteiligenden Wahlsystems nur 35 Mandate. Dass Bismarck darauf als Kanzler zurücktreten musste, vervollständigte den Triumph. Für das Deutsche Reich waren die langfristigen Kosten von Bismarcks Politik hoch: sie führte auf der einen Seite zur Desintegration eines wachsenden Bevölkerungsteils, während sie auf der anderen Seite die Stellung der alten junkerlichen und der neuen industriellen Eliten mit ihren obrigkeitstaatlichen Idealen stärkte.

Die Aktivitäten der deutschen sozialdemokratischen Emigration während des Sozialistengesetzes hatten Folgen auch für die Schweiz. Auf Druck Bismarcks schuf die Schweiz mit der politischen Polizei und dem ständigen Bundesanwalt Instrumente zur Überwachung der Linken, die nicht nur gegen die Ausländer eingesetzt werden sollten. Damals begann auch eine folgenreiche Diskussion über die historischen Grundlagen der Neutralität als Maxime schweizerischer Aussenpolitik, die sich in der Nachkriegszeit im Mythos der «dauernden Neutralität» verfestigte. Schliesslich deutete sich eine neue politische Richtung auf der Rechten an, wie sie sich im Kampf gegen die emigrierten deutschen Sozialisten artikulierte. Ihre Ideologie setzte sich aus antisozialistischen, nationalistischen und fremdenfeindlichen Elementen zusammen, die im Bedarfsfall durch antisemitische erweitert wurden. Als Folge des beschleunigten gesellschaftlichen Wandels und der sich verschärfenden sozialen Auseinandersetzungen etablierte sie sich spätestens nach dem Ersten Weltkrieg als ernst zu nehmende Grösse auf der rechten Seite des politischen Spektrums.

Anmerkungen

- 1 Vgl. die problemorientierte Zusammenfassung von Grebing, Helga: *Arbeiterbewegung. Sozialer Protest und kollektive Interessenvertretung bis 1914*, München 1985, hier S. 66–87. Über die Aktivitäten der deutschen Sozialdemokratie während des Sozialistengesetzes in Zürich legte die Geschichtsschreibung der DDR einige Untersuchungen vor, interpretierte diese Jahre aber zu einseitig als erfolgreichen Kampf gegen das halbabsolutistische Deutsche Reich und als Durchsetzung des Marxismus in der Partei: vgl. zuletzt Bartel, Horst, Schröder, Wolfgang und Seeber, Gustav: *Das Sozialistengesetz 1878–1890. Illustrierte Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse gegen das Ausnahmegesetz*, Berlin (DDR) 1980. Aus schweizerischer Sicht vgl. Renk, Hansjörg: *Bismarcks Konflikt mit der Schweiz. Der Wohlgemuth-Handel von 1889. Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen*, Basel und Stuttgart 1972.
- 2 Staatsarchiv des Kantons Zürich, OO 50.11, Volkswirtschaftsdirektion, Handelsregisteramt, Allgemeines Ragionenbuch, Bezirk Zürich, Bd. I Ac, 1878–1882, Folio 95, sowie O 38d. 25, Volkswirtschaftsdirektion, Handel und Gewerbe, Ragionenscheine, Bezirk Zürich, Bd. I Ac, Folio 95; Schweizerisches Handelsamtsblatt, Nr. 6 (23. 1. 1886), S. 38.

- 3 Vgl. Engelberg, Ernst: Revolutionäre Politik und Rote Feldpost 1878–1890, Berlin (DDR) 1959; Mottelers Bericht von 1895, ebd., S. 239–282.
- 4 Belli, Joseph: Die Rote Feldpost unterm Sozialistengesetz, herausgegeben und eingeleitet von Hans J. Schütz, 9. Aufl., Berlin, Bonn 1978 (Originalausgabe Stuttgart 1912).
- 5 Vgl. Emig, Brigitte, Schwarz, Max und Zimmermann, Rüdiger: Literatur für eine neue Wirklichkeit. Bibliographie und Geschichte des Verlags J. H. W. Dietz Nachf. 1881 bis 1981 und der Verlage Buchhandlung Vorwärts, Volksbuchhandlung Hottingen/Zürich, German Cooperative Print. & Publ. Co., London [...], Berlin und Bonn 1981, S. 215–246.
- 6 Bebel, August: Aus meinem Leben, Dritter Teil, hg. von Karl Kautsky, Stuttgart 1914, S. 94–96; Bernstein, Eduard: Aus den Jahren meines Exils (Völker zu Hause). Erinnerungen eines Sozialisten, Berlin 1918, S. 116–120; Kautsky, Karl: Erinnerungen und Erörterungen, hg. von Dr. Benedikt Kautsky, Den Haag 1960, S. 442 f.
- 7 Vgl. Linse, Ulrich: Organisierter Anarchismus im Kaiserreich von 1871, Berlin 1969; Most, John: Marxereien, Eseleien & der sanfte Heinrich. Artikel aus der «Freiheit». Ausgewählt, mit einer Einleitung und gelegentlichen Anmerkungen versehen von Heiner Becker, Wetzlar 1985.
- 8 Vgl. Urner, Klaus: Die Deutschen in der Schweiz. Von den Anfängen der Kolonienbildung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Frauenfeld und Stuttgart 1976, S. 247–258.
- 9 Zürcher Wochen-Chronik, Nr. 16 (20. 4. 1916), S. 166 (Foto), S. 167 f. (Nachruf); Blaser, Fritz: Bibliographie der Schweizer Presse. Mit Einschluss des Fürstentums Liechtenstein, Basel 1956, Bd. 2, S. 969; Adressbücher der Stadt Zürich 1887–1896, «Verzeichniss sämmtlicher in Zürich erscheinender Zeitungen und periodischen Zeitschriften [...]».
- 10 [Attenhofer, Eduard:] Der rothe September zu Zürich, Separatabdruck aus Nr. 61 der «Limmat» vom 21. 5. 1881, Zürich [1881].
- 11 Rinderknecht, Peter: Der «Eidgenössische Verein» 1875–1913. Die Geschichte der protestantisch-konservativen Parteibildung im Bundesstaat, Affoltern am Albis 1949, S. 105–109; Dommer, Hermann und Gruner, Erich: Arbeiterschaft und Wirtschaft in der Schweiz 1880–1914, Bd. 3, Zürich 1988, S. 203–205.
- 12 Conzett, Verena: Erstrebtes und Erlebtes. Ein Stück Zeitgeschichte, Leipzig und Zürich 1929, S. 178, 188 f., 193–195.
- 13 Eduard Bernstein an Karl Kautsky, 14. 10. 1886, in: Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam, Nachlass Karl Kautsky, D V 71. Ich danke Götz Langkau für den Hinweis.
- 14 Külling, Friedrich: Antisemitismus – bei uns wie überall? Zürich [1979], S. 243–245.
- 15 Stieber's Verdruss. Geheimschrift zur Sicherung des Brief-Verkehrs in und mit Deutschland und andern Ländern, in denen die Reaktion ihr Wesen treibt. Zweite, vermehrte Auflage, Riesbach-Zürich 1880; Attenhofer, Ed[uard]: Die geheime Chiffre-Schrift der Anarchisten-, Nihilisten- und Sozialisten-Führer. Leichtfassliche Anleitung zum Chiffriren und Dechiffriren mit einer Anzahl Chiffre-Depeschen als Muster zur Erlernung dieser ohne Kenntniss des Wahlwortes (Schlüssel) unentzifferbaren Geheimschrift, Zürich [1892].
- 16 Chiridonius Chrügel [d. i. Eduard Attenhofer]: Zürich im Jahre 2000. Ein Zukunftsbild, Zürich [1905].
- 17 Rinderknecht (wie Anm. 11).
- 18 Külling (wie Anm. 14), S. 200–202.
- 19 Attenhofer versteuerte 1885 und 1889 in Hottingen ein Einkommen von 3'000 Franken, Vermögen besass er keines (Stadtarchiv Zürich, Gemeinde Hottingen, Staatssteuerregister 1832–1892, VI.H.O.C.25.: 52 und 56, je S. 3, Nr. 31 beziehungsweise Nr. 37). Auch später versteuerte er kein Vermögen, 1905 beziehungsweise 1910 beliefen sich seine Einkünfte auf 1'500 beziehungsweise 1'200 Franken (Steuerregister der Stadt Zürich vom Jahre 1905, Zürich 1906, S. 25, sowie vom Jahre 1909, Zürich 1910, S. 24).
- 20 Vgl. Fricke, Dieter: Bismarcks Prätorianer. Die Berliner politische Polizei im Kampf gegen die deutsche Arbeiterbewegung (1871–1898), Berlin (DDR) 1962. Nach der in Zürich erfolgten Enttarnung des Spitzels Schmidt erschien beispielsweise die Broschüre «Die deutsche Geheimpolizei im Kampfe mit der Sozialdemokratie. Aktenstücke und Enthüllungen, auf Grund authentischen Materials dargestellt», Zürich 1882.
- 21 Vgl. dazu Renk (wie Anm. 1) sowie Cent ans de police politique en Suisse (1889–1989), Lausanne 1992, darin vor allem Vuilleumier, Marc: La police politique en Suisse 1889–1914. Aperçu historique, S. 31–62.